T-02-NEU

Vorschlag zur Tagesordnung

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Gremium:	Bundesvorstand
Beschlussdatum:	27.10.2017
Tagesordnungspunkt:	T Tagesordnung

Samstag, 25.10.2017:

Beginn 10:00 Uhr

TOP 1 Begrüßung und Formalia
TOP 2 Politische Rede
TOP 3 Aussprache Bundestagswahl und ggf. Entscheidung über die Aufnahme von Koalitionsverhandlungen, inkl. Abstimmung über Urabstimmung
TOP 4 Satzung
TOP 5 Verschiedenes

Ende 18:30 Uhr

V-01

Grünes Maßnahmenpaket für Vogel-, Fledermaus- und Insektenschutz

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in: Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt: V Verschiedenes

Wir Grüne sind die parlamentarische Vertretung der Menschen und der Natur mit all ihren Tieren und Pflanzen. Wir haben die Erde von unseren Kindern nur geborgt und beobachten mit Sorge schon jetzt ein spürbares menschengemachtes Artensterben und weitere drohende Artenverluste, insbesondere bei Insekten, Fledermäusen und Vögeln.

Daher müssen wir umgehend wirksame politische Maßnahmen ergreifen mit weitreichenden Wirkungen auf die Art, wie unsere Gesellschaft, unsere Wirtschaft, unsere Landwirtschaft mit unserer Erde umgeht. In Verantwortung vor unserer Umwelt und vor den noch lebenden Vogel- und Fledermausarten beschließen wir das folgende Maßnahmenpaket Vogelschutz.

1. Insekten- und vogelfreundliche Landwirtschaft: 10% der Flächen für Blühstreifen, Hecken, Streuobstwiesen usw. reservieren

Konventionelle Landwirtschaft führt durch den Einsatz von Pestiziden zu einem erheblichen Rückgang von Insekten und einer Absenkung der Ökosystemdienstleistungen. Insekten sind Nahrungsgrundlage für viele Vogel- und Fledermausarten, weniger Insekten können nur wenige Vögel und Fledermäuse ernähren. Was auf der einen Seite den Menschen nützt, weil es kurzfristig die landwirtschaftliche Ernte steigert, ist auf der anderen Seite schädlich für die Natur, führt zu Artenarmut und einer geringen Dichte an Individuen und damit einer Reduktion der Widerstandsfähigkeit unserer Umwelt gegenüber zukünftigen Einflüssen.

Durch intensive Anbaumethoden mit Monokulturen, großen Feldern, wenigen Insekten sowie hohem und dichtem Nutzpflanzenwuchs ist es Vögeln und Fledermäusen heute oft nicht mehr möglich, ihre Brut erfolgreich aufzuziehen.
Daher sind solche Anbaumethoden zu fördern, die durch Verzicht auf Pestizide und durch eine reduzierte Düngung ausreichend Lebensraum für Wildkräuter und Insekten als Lebensgrundlage vieler Vogel- und Fledermausarten lassen. Zentral ist die Schaffung von zusätzlichen ökologischen Vorrangflächen wie z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster, Extensiv-Grünland oder Streuobstwiesen auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb im Umfang von 10% der Betriebsfläche.

2. Schaffung und Schutz von Nistplätzen auf Äckern und Wiesen

Vielen Vogelarten finden in der dichten Vegetation auf Äckern keine geeigneten Brutplätze. Daher sollten auf Ackerschlägen bestimmte Flächen nicht eingesät werden. Auf diesen entstehenden vegetationslosen Flächen können dann typische Vögel der Agrarlandschaft wie Feldlerche oder Kiebitz brüten.
Im Grünland müssen bestimmte Flächen während der Brutzeit von Bewirtschaftungsmaßnahmen ausgenommen werden, damit die Vögel Brut und Jungenaufzucht erfolgreich abschließen

können.
Ihr Einsatz zur Erhaltung der Artenvielfalt ist der Landwirtschaft erfolgsorientiert und angemessen zu vergüten.

3. Keine Pestizide in Naturschutzgebieten

Naturschutzgebiete wurden eingerichtet, um die Natur mit ihren Tier- und Pflanzenarten zu schützen. Auch in Naturschutzgebieten wird Landwirtschaft betrieben, der Einsatz von Pestiziden und Düngemitteln tötet direkt und indirekt nicht nur Insekten und Vögel. Das widerspricht dem Ziel des Naturschutzes, daher ist der Einsatz von Pestiziden in sämtlichen Naturschutzgebieten ab sofort nicht mehr zu gestatten.

4. Elektrizitäts-Freileitungen und Vogelschutz

Bis zu 2,8 Millionen Vögel sterben bundesweit pro Jahr an Stromleitungen. Es ist nicht ausreichend, den Vogelschutz nur bei dem für die Energiewende erforderlichen Übertragungsnetzausbau zu berücksichtigen, sondern wir fordern, dass Vogelschutzmarkierungen an allen bestehenden Freileitungen des Übertragungsnetzes innerhalb der nächsten Jahre nachgerüstet werden.

5. Besserer Vogelschutz in Windparks auf See und an Land durch Vogelschutz-Radar

Erfreulich, dass immer mehr Windparks zur nächtlichen Entlastung der Anwohnerschaft nur dann blinken, wenn sich tatsächlich ein Flugzeug oder Hubschrauber nähert. Wir fordern zum Schutz der Zugvögel, diese Technik flächendeckend anzuwenden und zukünftig auch dazu einzusetzen, bei schlechten Sichtverhältnissen wie Nebel und starkem Vogelzug Windenergieanlagen auf See und an Land bedarfsgesteuert abzuschalten.

6. Vogelschutz und Fischerei

Durch Stellnetzfischerei sind alle Seevögel bedroht, die tauchend ihre Nahrung suchen. Sie können die Netze unter Wasser nicht oder nur ungenügend als Gefahr wahrnehmen, verfangen sich darin und ertrinken qualvoll. In vielen Nahrungsgebieten von Tauchvögeln wird Stellnetzfischerei betrieben. Einige Flachwasserbereiche der Küstenmeere in Deutschland haben besonders im Winterhalbjahr eine hohe internationale Bedeutung für den Vogelzug. In allen Gebieten mit einer besonderen Ansammlung von Tauch- und Seevögeln und im Bereich der Flussmündungen darf während der gesamten Rastperiode die Stellnetzfischerei nicht mehr gestattet werden. Kurzfristig müssen Naturschutzgebiete frei von Grundschleppnetzen und Stellnetzen sein, die den Meeresboden umpflügen und Schweinswale bzw. Seevögel ersticken und ertrinken lassen. Mittelfristig dürfen in der gesamten Ost- und Nordsee nur noch alternative Fischfangmethoden zum Einsatz kommen, um die Fischerei in Einklang mit der Meeresumwelt zu bringen. Die lokale Fischerei wird im Gegenzug finanziell unterstützt.

7. Vogelschlag an Glasflächen

An modernen Bürogebäuden aber auch Bushaltestellen und Lärmschutzwänden gibt es immer mehr durchsichtige Glasfronten und Glasbrücken. Da diese nur selten Sichtmarkierungen für Vögel aufweisen, sind es Todesfallen für anfliegende Vögel. Wir fordern die Berücksichtigung des Vogelschutzes bei Glasfronten und Fassaden und wünschen uns, dass dieser Aspekt auch im Studium der Architektur Beachtung findet.

8. Schutz im Wald und in Mooren

Nicht bewirtschaftete Schutzgebiete im Wald sollen auf 10% der Waldfläche anwachsen, damit in diesen „Urwäldern von morgen“ auch Vögel und Fledermäuse geeignete Rückzugsräume zum Überleben finden.

Wir streben die Renaturierung von Mooren durch fachgerechte Wiedervernässung an und unterstützen den umgehenden Stopp des Torfabbaus.

Begründung

Es ist dringend notwendig, wirksame politische Maßnahmen insbesondere zum Schutz von Vögeln, Fledermäusen und Insekten zu ergreifen.

Auszug aus den NABU-Positionen und Forderungen

„Schaffung von ökologischen Vorrangflächen (z.B. Blühstreifen, Hecken, Feldlerchenfenster, Extensivgrünland oder Streuobstwiesen) auf jedem landwirtschaftlichen Betrieb im Umfang von 10 Prozent der Betriebsfläche.“

(…)

https://www.nabu.de/imperia/md/content/nabude/vogelschutz/nabu-grundsatzprogramm-vogelschutz.pdf

weitere Antragsteller*innen

Mathias Raudies (Oder-Spree KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Kerstin Dehne (München KV); Mogens Lesch (Nordfriesland KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Holger Lange (München-Land KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Anne Ipsen (Rendsburg-Eckernförde KV); Martin Becker (Mainz KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV)

V-02

Mobilitätswende jetzt ernsthaft starten und LKW, Schiffe, Flugzeuge usw. einbeziehen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Strategie für emissionsfreie Mobilität weiterdenken und LKW, Busse, Baumaschinen, Traktoren, Schiffe, Hubschrauber und Flugzeuge einbeziehen

Die Europäische Kommission hat eine Strategie für emissionsfreie Mobilität vorgelegt und der Bundesrat hat sich wie wir GRÜNE dafür ausgesprochen, ab dem Jahr 2030 nur noch emissionsfreie PKW neu zuzulassen. Die ökologische Modernisierung des Verkehrssektors und der Ausbau von Bus, Bahn, Mitfahrzentralen und Carsharing sind große Chancen für Unternehmen und Beschäftigte, für Verbraucher*innen und deren ökologische Rucksäcke, für Klima, Umwelt und Gesundheit.

Wir erkennen, dass Unternehmen außerhalb von Deutschland und Europa die Nase beim Thema emissionsfreie Mobilität vorn haben, bekannte Beispiele sind Tesla (USA) und BYD (Build Your Dreams, China). Deutsche und europäische Unternehmen müssen noch viel tun, um diesen Innovationsstand zu erreichen.

Daher schlagen wir GRÜNE vor, schon jetzt auch für LKW, Busse, Baumaschinen, Schiffe, Traktoren, Hubschrauber, Flugzeuge usw. Zieljahre zu benennen, ab denen diese nur noch emissionsfrei neu zugelassen werden. Dadurch haben Mittelstand und Industrie die Möglichkeit, sich frühzeitig auf entsprechende Entwicklungen einzustellen und nicht von diesen überlaufen zu werden.

Der Ausstieg aus dem klimafeindlichen und gesundheitsschädlichen Verbrennungsmotor ist auch in diesen Bereichen technisch machbar, er ist klimapolitisch unerlässlich und ist industriepolitisch enorm wichtig für Deutschland und Europa. **Wir Grüne schlagen für LKW, Busse, Baumaschinen, Traktoren und Schiffe vor, spätestens ab dem Jahr 2032 nur noch emissionsfreie Fahrzeuge neu zuzulassen.** Hintergrund dafür ist auch die Lebenserwartung der Fahrzeuge, liegt diese beispielsweise bei 25 Jahren, so würden im Jahr 2032 in Betrieb genommene LKW, Busse, Baumaschinen und Schiffe noch bis zum Jahr 2057 laufen und dabei klima- und gesundheitsschädliche fossile Energien verbrennen. Länger geht nicht, wenn noch etwas Eis an den Polen und Gletschern übrig bleiben soll.

Für Flugzeuge und Hubschrauber schlagen wir vor, spätestens ab dem Jahr 2035 nur noch emissionsfreie Maschinen neu zuzulassen. Schließlich wäre es auch in diesem Bereich

etwa
durch erneuerbar erzeugten Wasserstoff möglich, sich klimafreundlicher fortzubewegen. Liegt die Lebenserwartung der Flugzeuge und Hubschrauber beispielsweise bei 25 Jahren, so würden im Jahr 2035 in Betrieb genommene fossile Hubschrauber und Flugzeuge noch bis zum Jahr 2060
klima- und gesundheitsschädlich fliegen. Länger geht nicht, wenn noch einige Korallen in den überhitzten Meeren und möglichst viele Tierarten übrig bleiben sollen.

Um Ausflaggungen und Umgehungen zu verhindern sind geeignete Lösungen zu entwickeln. Wir

Grüne gehen mit der schrittweiten Ausweitung der emissionsfreien Mobilität vom PKW auf LKW, Busse, Baufahrzeuge, Schiffe und Flugzeuge nur den nächsten logischen Schritt für unser Klima, gesunde Luft und nachhaltige Arbeitsplätze.

Begründung

In Norwegen werden Zeitpläne in Richtung saubere Schifffahrt entwickelt: „Nach 2030 sollen alle neuen Schiffe und Fähren abgasfrei sein, im Flug- und im Schwerlastverkehr soll mehr Biotreibstoff eingesetzt werden.“

http://www.spiegel.de/auto/aktuell/norwegen-will-autos-mit-benzin-oder-dieselmotor-verbieten-a-1107885.html

weitere Antragsteller*innen

Mathias Raudies (Oder-Spree KV); Matthias Grünberg (Würzburg-Stadt KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Milan Aljoscha Schröder (Main-Taunus KV); Barbara Poneleit (Forchheim KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Kerstin Dehne (München KV); Mogens Lesch (Nordfriesland KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Holger Lange (München-Land KV); Günther Kern (Esslingen KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV); Lothar Kemmerzell (Soest KV)

V-03

Grüne Initiative für ungestörte innere Uhren: Zeitumstellung europaweit abschaffen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Die Bundesdelegiertenkonferenz der Partei BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN möge beschließen:

1. BÜNDNIS 90 / DIE GRÜNEN fordern eine einheitliche Zeitrechnung im ganzen Jahr. Das bedeutet, dass auf die seit 1980 wieder gebräuchliche Zeitumstellung zukünftig verzichtet werden soll.

2. Ob nach der Abschaffung der Zeitumstellung dauerhaft die Sommerzeit oder die Winterzeit (Normalzeit) gelten möge, sollte auf europäischerEbene diskutiert und entschieden werden.

3. Da eine solche Regelung auf europäischer Ebene am meisten Sinn macht, bitten wir die Europäische Kommission, das Europäische Parlament, unsere Grüne Europafraktion, unsere Europäische Grüne Partei und alle weiteren relevanten Akteure, eine entsprechende Initiative zur Änderung der Richtlinie 2000/84/EG auf europäischer Ebene zu starten und die Zeitumstellung innerhalb der nächsten EU-Legislaturperiode 2019-2024 abzuschaffen.

4. Unsere Bundestagsfraktion wird gebeten, diese Regelung im Deutschen Bundestag und -sobald
wie möglich- als Teil der Bundesregierung zu unterstützen und einzufordern.

5. Beim halbjährlichen Zeitwechsel ist weder aus ökonomischer noch aus ökologischer oder sozialer Sicht ein Nutzen erkennbar. Durch die Zeitumstellung wird nachgewiesenermaßen keine

Energie eingespart und es besteht eine Gefahr für die Gesundheit zahlreicher Menschen. Kurz: Die Nachteile überwiegen deutlich, was auch durch eine im Februar 2016 veröffentlichte Studie des Büros für Technikfolgen-Abschätzung beim Deutschen Bundestag unterstrichen wird. Laut dieser Studie wird "deutlich, dass der Anpassungsprozess an die Zeitumstellung manchen Menschen größere Mühe bereiten kann, als in früheren Jahren angenommen wurde."

**Wir Grüne werden schnell dafür kritisiert, Vorschriften zu machen. Hier ist das erklärte
Ziel gerade umgekehrt, also unsere Gesellschaft von einer alle 6 Monate zu befolgenden
Vorschrift zu entlasten. Ja, dieses ist nicht das wichtigste aller Themen. Es ist aber auch
nicht so, dass wir es nicht schaffen würden, mehrere Aufgaben gleichzeitig zu lösen. Und
handfeste Gründe für ungestörte innere Uhren gibt es eine Menge, vom Wohlbefinden über
Gesundheit bis hin zur Sicherheit:**

Begründung

Die Nachteile der Zeitumstellung in Schlagworten

-Keine Energieeinsparung

Man spart während der Sommerzeit zwar abends elektrisches Licht, jedoch wird dann morgens mehr geheizt, besonders in den oft kühlen Monaten März, April und Oktober. Zudem ist der Energieverbrauch für Beleuchtung am gesamten Elektrizitätsverbrauch sehr gering.

Gefahr für die Gesundheit

Mediziner haben negative Auswirkungen der Zeitumstellung festgestellt, da sich die Anpassung des chronobiologischen Rhythmus des Organismus als problematisch herausgestellt hat. Besonders Menschen mit Schlafstörungen oder organischen Erkrankungen haben hier offenbar größere Schwierigkeiten. Nach einer Studie von Imre Janszky und Rickard Ljung erhöht die Umstellung auf die Sommerzeit das Herzinfarktrisiko, in den ersten drei Tagen nach erfolgter Zeitumstellung immerhin um 25 Prozent. Zudem kommt es häufiger zu Fehlgeburten: http://www.zeit.de/2017/12/zeitumstellung-gesundheit-auswirkung-forschung?fref=gc

Mehr Unfälle im Straßenverkehr

Im ersten Monat nach der Zeitumstellung von der Winter- auf die Sommerzeit erhöht sich das Unfallrisiko um bis zu 28 Prozent.

Das Institut für Arbeit und Gesundheit der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung (IAG) gab Auskunft, dass der menschliche Körper mindestens eine Woche benötigt, um sich an die Zeitumstellung zu gewöhnen. Sensible Personen brauchen sogar noch länger. Besonders Frauen haben sehr mit der veränderten Uhrzeit zu kämpfen.

Weitere Probleme

Die Zeitumstellung führt zudem zu Problemen in den Bereichen der Dienstpläne für Nachtschichten, öffentliche Verkehrsmittel und Informationstechnik. Schüler*innen können sich in den Tagen nach der Zeitumstellung schlechter konzentrieren. Landwirt*innen, die Milchwirtschaft betreiben, haben Schwierigkeiten, ihre Kühe auf veränderte Melkzeiten umzustellen. Jede Einwohnerin und jeder Einwohner muss alle Uhren in seinem persönlichen Umfeld zweimal im Jahr umstellen, was gerade in der Summe einen erheblichen Aufwand bedeutet.

Zudem spricht sich eine deutliche Mehrheit von uns GRÜNEN bei der nachfolgend wiedergegebenen Umfrage im Wurzelwerk für die Abschaffung der Zeitumstellung aus, nur 16% der **2.093 Teilnehmer*innen** lehnen das Ende der halbjährlichen Zeitumstellung ab:

Zweimal pro Jahr wird die Zeit umgestellt, was die Gesundheit negativ beeinträchtigt und zu mehr Autounfällen sowie Herzinfarkten führt. Eine Energieeinsparung -wie ursprünglich erhofft- gibt es nicht, Russland hat die Zeitumstellung daher im Jahr 2011 wieder abgeschafft. Bei uns würde eine solche Neuregelung auf europäischer Ebene am meisten Sinn machen.

Bist Du für eine einheitliche Zeitrechnung im ganzen Jahr, also für das Ende der Zeitumstellung?

42% bzw. 873 Teilnehmer*innen sagen: Ja, ohne Einschränkung.

21% bzw. 448 Teilnehmer*innen sagen: Ja, wobei dauerhaft die Sommerzeit gelten sollte.

14% bzw. 295 Teilnehmer*innen sagen: Ja, wobei dauerhaft die Winterzeit gelten sollte.

16% bzw. 332 Teilnehmer*innen sagen: Nein.

7% bzw. 145 Teilnehmer*innen sagen: Dazu habe ich keine oder eine andere Meinung.

Gesamtstimmen: 2.093

weitere Antragsteller*innen

Christian Schabronath (Lindau KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Mogens Lesch (Nordfriesland KV); Dirk Grunert (Mannheim KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Günther Kern (Esslingen KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Arfst Wagner (Schleswig-Flensburg KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Martin Becker (Mainz KV); Jürgen Eiselt (Frankfurt KV); Thomas Wieden (Gera KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Anja Siemers (Stormarn KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV)

V-04

Wahlplakate gemeinsam kleben und gemeinsam auswählen!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Die Bundesdelegiertenkonferenz möge entscheiden:

• BÜNDNIS 90 / Die GRÜNEN werden ihren Mitgliedern anbieten, sich an der Auswahl der Europawahlplakate 2019 in Form eines unverbindlichen Meinungsbildes zu beteiligen.

• Dieses unverbindliche Meinungsbild kann die Entscheidungsgremien bei der Auswahl der Bundestagswahlplakate spürbar unterstützen und sollte entweder im Schrägstrich und/oder per Internet eingeholt werden.

• Im Vorfeld wird die Möglichkeit geschaffen, auch eigene Vorschläge im Rahmen eines Wettbewerbs der besten Plakat-Ideen einzureichen.

• In der Gruppe "Umfragen im Wurzelwerk", in der sich aktuell schon über 4.300 GRÜNEN-Mitglieder zusammengefunden haben und über verschiedene Fragestellungen Meinungsbilder erstellen, läuft derzeit eine Umfrage, in welcher sich **87%** der bisher 1.244 Abstimmenden wünschen, die Wahlplakate mitauswählen zu dürfen.

Begründung

Wir wollen die Wahlplakate nicht nur gemeinsam kleben, sondern auch gemeinsam auswählen!

Die lobenswerte, gemeinsame Auswahl unseres Klimaplakates 2015 "Es gibt keinen Planet B" zeigt, dass es durchaus möglich ist, gemeinsam Entscheidungen unter vielen hundert oder tausend Parteimitgliedern zu treffen statt wie bisher im kleinen Kreis. An dieser Stelle auch einmal ein Lob an unseren Bundesvorstand für die gemeinsame Auswahl des Klimaplakates 2015, eine solche gemeinsame Auswahl wünschen wir uns auch im Vorfeld der Europawahl. Unsere Partei bewegt sich weiter - und das ist auch sehr gut so!

weitere Antragsteller*innen

Mathias Raudies (Oder-Spree KV); Christian Schabronath (Lindau KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Milan Aljoscha Schröder (Main-Taunus KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Mogens Lesch (Nordfriesland KV); Manuel Kochinski (Berlin-Mitte KV); Sabine Killmann (Rhein-Sieg KV); Andrea Münnekehoff (Oberberg KV); Robin Luge (Harz KV); Michael Hoffmeier (Eichsfeld KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Jörn Jensen (Berlin-Mitte KV); Ulf Dunkel (Cloppenburg KV); Stephan Wiese (Stormarn KV); Catherine Kern (Hohenlohe KV); Niclas Ehrenberg (Düsseldorf KV); Benjamin Rauer (Minden-Lübbecke KV); Krystyna Grendus (Odenwald-Kraichgau KV)

V-05

GRÜNE Solar- und Wind-Offensive: Im schwarz-roten Tempo kommen wir NIE auf 100% Ökostrom!

BÜNDNIS 90 DIE GRÜNEN

42. Ordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
25. November 2017, Berlin

Antragsteller*in:	Philipp Schmagold (Kiel KV)
Tagesordnungspunkt:	V Verschiedenes

Die amtierende Bundesregierung befeuert die Klimakatastrophe

Die verschiedenen Regierungen unter Führung von Angela Merkel haben den einst starken deutschen Solarmarkt in die Nische gedrängt. Das rächt sich nun. Mit einem rigorosen Ausbau-Deckel und der Belastung von Solarenergie für den Eigenverbrauch mit der EEG-Umlage („Sonnensteuer“) hat die schwarz-rote Koalition der Solarwirtschaft den Stecker gezogen. Der Rückgang an Beschäftigten in der Solarenergiebranche ist ein Alarmzeichen sowohl für die Energie- und Klimapolitik als auch für den Wirtschaftsstandort Deutschland. Gerade in Ostdeutschland, wo die Solarbranche neues Wachstum und wirtschaftliche Perspektiven brachte, ist dieser Verlust schmerzhaft und ein Rückschlag für die Menschen.

Ein ähnliches Schicksal droht der Windenergiebranche, der durch den viel zu gering angesetzten Ausbaudeckel und die Pflicht zur Teilnahme an Ausschreibungen nun auch die Entwicklungsperspektiven in Deutschland genommen werden, obwohl wir noch weit entfernt sind von 100% Ökostrom.

Was wir brauchen ist erstens ein Sofortprogramm zur Rettung der Solarwirtschaft und zweitens ein Programm zur **mindestens Verfünffachung des Solarenergieausbaus**. Nötig sind auch Maßnahmen, um die **Windenergie mindestens auf das doppelte Ausbautempo** von schwarz-rot zu bringen, sonst droht auch diese Branche zu schrumpfen und nicht den eigentlich möglichen Beitrag zum Klimaschutz zu leisten. Die Beschäftigten in dieser jungen und innovativen Energiewende-Branche brauchen eine Perspektive. Wind- und Solarenergie sind zentrale Stützpfeiler für die nachhaltige Energieversorgung und die ökologische Modernisierung der Industriegesellschaft. Deshalb müssen wir sie nicht nur erhalten, sondern sogar um ein Vielfaches stärker ausbauen.

Deutschland lässt das fossil-nukleare Energiezeitalter hinter sich, bisher leider nur viel zu langsam. Aber Strom aus Wind- und Solaranlagen- ist inzwischen preisgünstiger als solcher aus neuen Kohle- oder Gaskraftwerken und wird in unserer nachhaltigen Energiezukunft eine bedeutende Rolle spielen. Wir müssen jetzt die Weichen für die Solarwirtschaft und Windenergienutzung neu stellen, damit beide ihre Vorteile zum Nutzen aller tatsächlich ausspielen können.

Wieviel Solar- und Windenergie brauchen wir?

Die Solarenergie ist der Schlüssel für eine erfolgreiche Energiewende und CO2-Reduktion. Ohne kräftigen Solarzubau, Faktor 5 im Vergleich zu schwarz-rot, und gesteigerten Windenergieausbau, mindestens Faktor 2, wird Deutschland die Klimaziele nie und nimmer

erreichen. Denn Fakt ist: Um den zukünftigen Strombedarf auf 100 Prozent Ökostrom umzustellen, werden Solaranlagen mit einer Leistung von mindestens 415 GW benötigt. Heute liegen wir erst bei rund 40 GW. Der weitaus größte Teil der Strecke liegt also auch nach 17 Jahren EEG noch vor uns.

Letztes Jahr wurden gerade einmal gut 1,5 GW neu gebaut. Machen wir so weiter, brauchen wir 250 Jahre, um das Solarziel zu erreichen – und selbst das nur, wenn die Solarenergieanlagen nie altern würden und nicht irgendwann ausgetauscht werden müssen. Rechnen wir die Alterung der Solaranlagen und die Notwendigkeit zum Austausch derselben mit ein, weil das der Realität entspricht, dann kommen wir **in diesem Tempo NIE ans Ziel**. Oberhalb von 75 GW insgesamt installierter Solaranlagen erfolgt NULL-Wachstum, selbst wenn man brutto 2,5 GW jährlich draufpackt, weil einem dieser Zubau schon durch den alle 30 Jahre anstehenden Austausch der alten Solaranlagen netto "weggerissen" wird.

Die Vergütung für kleine Solarenergie-Dachanlagen ist seit 2004 um rund 80 Prozent auf heute gut 12 ct/kWh gefallen. Noch etwas größer war der Preisverfall bei Großanlagen. Sie lieferten 2004 Strom für 46 ct/kWh, inzwischen für rund 6,6 ct/kWh. Und Windenergie an Land kostet sogar noch weniger. Die Bundesregierung blendet die enormen Preissenkungen im Solar- und Windbereich aus und hat zu verantworten, dass der Energiewende-Zug mittlerweile an Deutschland vorbeifährt. Das ist schädlich für den deutschen Wirtschaftsstandort und seine Wettbewerbsposition beim globalen Wettrennen der Erneuerbaren Energien-Produzenten. Die Einschränkungen für Zubau, Einspeisung und Eigenverbrauch von Solarenergie haben seit 2012 zu einem Einbruch von über 80 Prozent im jährlichen Zubau in Deutschland geführt. Im gleichen Zeitraum hat sich der jährliche weltweite Zubau der Solarenergie mehr als verdoppelt. Es ist absurd, dass die deutsche Wirtschaft, die diese Technologie vorangetrieben hat, nun von der Bundesregierung ausgebremst wird. Heute schon ist für viele kleine Solarstromerzeuger nicht mehr die Einspeisung und Vergütung aus dem EEG der Antreiber, sondern die kostengünstige Selbstversorgung mit Solarenergie. Dieser Trend wird sich verstärken, so dass kleine Photovoltaik-Anlagen künftig immer stärker auf den Eigenverbrauch ausgerichtet sein werden. D. h. sie werden mit Speichern ausgerüstet. Die Preise für kleine Stromspeicher („Sonnenbatterien“) sind seit 2011 um 75 Prozent gesunken. Ein Grund dafür, dass heute über 40.000 Sonnenbatterien in deutschen Häusern stehen. Dieser Trend wird weitergehen – und er wird die Energiewirtschaft verändern. Aktuell begegnet die Bundesregierung diesem Trend mit Ausbaudeckeln und überhäuft Solarinvestoren mit Bürokratie und technischen Vorschriften. Das muss aufhören. Solarenergie ist der Schlüssel für mehr Klimaschutz, preisgünstige Energie sowie Teilhabe und Akzeptanz der Energiewende. Wir Grüne wollen die Nutzungsbedingungen für Solarenergie an die neuen Möglichkeiten anpassen, damit Solarenergie ihre Vorteile ausspielen kann.

Solar-Offensive starten

Um die Vorteile der Solarenergie zu nutzen, werden wir die Überregulierung im EEG überwinden. Zusätzlich wollen wir Räume schaffen, in denen die Solarenergie sich am Markt finanzieren kann. Für uns heißt das: Wir wollen ein Marktsegment außerhalb des und parallel zum EEG aufbauen, denn wo Solarenergie ohne EEG eine Chance am Markt hat, wollen wir das nutzen.

Diese scheinbar kleine Änderung zieht einen Paradigmenwechsel nach sich. Denn während der von allen Stromkunden bezahlte EEG-Strom der Allgemeinheit gehört und folglich zum Gemeinwohl beitragen muss, gehört Solarenergie, die nicht über das EEG finanziert wird, zunächst einmal den Erzeugerinnen und Erzeugern. Sie sollen künftig entscheiden, was sie mit „ihrem Produkt“ machen und wählen, ob sie die Solarenergie selbst nutzen, als „Mieterstrom“ in die Nachbarschaft leiten, als „Grünstrom“ an einen regionale Vermarkter verkaufen oder als „Graustrom“ zum Marktpreis ins Netz einspeisen. Auf diese Situation müssen und wollen wir das Stromversorgungssystem einstellen und dabei die Vorteile der Solarenergie zum Tragen bringen.

Wir wollen den Solardeckel von 52 GW maximaler Photovoltaik-Leistung in Deutschland aus dem EEG entfernen. Ebenso den jährlichen Neubaukorridor von 2,5 GW (brutto). Beide habe in einer Welt, in der die Solarenergie dem EEG entwächst keinen Sinn mehr. Großanlagen im Freiland sollten doppelt genutzt werden, also beispielsweise als Auslauf für Hühner, Schafe oder Kühe oder als nur einmal spät im Jahr gemähte Wiese, die Vögeln und anderen Wildtieren eine Rückzugs- und Brutmöglichkeit bietet.

Selbst verbrauchten Strom aus der eigenen Solaranlage mit einer EEG-Umlage zu belasten ist, als ob man Gemüse zum eigenen Verzehr aus dem eigenen Garten versteuern müsste. Wir wollen das beenden und den Eigenstrom aus erneuerbaren Quellen von der EEG-Umlage befreien. Das macht Solarenergie aktuell um ca. 3 ct/kWh preiswerter. Wir werden Solaranlagen und andere Arten der erneuerbaren Energie-Eigenerzeugung bis 30 kWp von Bürokratie („Lieferantenpflicht“) entlasten und Mieterstrom auf Wohnquartiere ausweiten. Dabei gilt der Grundsatz: Solange Solarenergie ohne Nutzung des öffentlichen Netzes sein Ziel erreicht, ist sie als Mieterstrom anzusehen.

Mieterstrom soll auch auf Gewerbe und kommunale Einrichtungen ausgeweitet werden, gerade die hier häufigen großen Dachflächen bieten enormes Potenzial und helfen Handwerksbetrieben, Supermärkten und anderen Mittelständlern, Energiekosten zu senken und sich aktiv an Energiewende und Klimaschutz zu beteiligen.

Die von der EU seit dem Jahr 2013 erhobenen Strafzölle für Solaranlagen haben die gewünschte Wirkung verfehlt. Die Produktion von Solarmodulen und – anlagen in Europa wurde nicht vor der billigeren Konkurrenz vor allem aus China geschützt. Die Strafzölle führen aber zu einer unnötigen Erhöhung der Solarpreise auf dem EU-Markt. Wir Grüne haben uns, gemeinsam mit dem größten Teil der Solarwirtschaft, bereits im Mai 2015 für die Abschaffung der Zölle ausgesprochen. Die nächste Gelegenheit dazu bietet sich im Herbst 2018. Wir wollen diese nutzen, um die Preise für Photovoltaik-Anlagen weiter zu senken.

Die öffentliche Hand sollte als Vorreiter der Solar-Offensive geeignete Dachflächen mit Solaranlagen ausstatten. Wir wollen dazu einen Solarplan Bundesliegenschaften auflegen. Bestandsgebäude sollen systematisch nach geeigneten Dachflächen untersucht und diese nach und nach mit Solaranlagen ausgestattet werden. Für den Neubau sollte die Nutzung der Sonnenenergie zur Warmwasser- und Elektrizitätserzeugung der Standard werden.

Windenergie-Offensive starten

Windenergie an Land ist die günstigste Form der Erneuerbaren, bremst die Klimakatastrophe und ist ein echter Jobmotor. Dies wird nun gefährdet durch die seit Januar 2017 geltende Ausschreibungspflicht im EEG und den viel zu gering angesetzten Ausbaudeckel. Daher werden wir beides aufheben und das Tempo des Windenergieausbaus im Vergleich zu schwarz-rot mindestens verdoppeln, wo dies die Abstände zu Wohngebäuden, Naturschutzgebieten usw. zulassen.

Denn die Erneuerbaren Energien sind dann besonders stabil, wenn sie breitgestreut sind: Mal scheint die Sonne erfreulich intensiv, dann wieder pustet der Wind seine Energie kostenlos durch unser Land, dann wieder schwächelt beides und wir können auf die Energie aus Biogasanlagen, auf Wasserkraft oder auf Energiespeicher zugreifen.

Begründung

Dieser Antrag basiert für den Solarteil weitgehend auf dem Autorenpapier unseres Parteivorsitzenden Cem Özdemir, Anja Siegesmund, Ministerin für Umwelt, Energie und Naturschutz des Landes Thüringen und Franz Untersteller, Minister für Umwelt, Klima und Energiewirtschaft des Landes Baden-Württemberg und wurde insbesondere um den Bereich Windenergie ergänzt.

Es ist dringend notwendig, wirksame politische Maßnahmen zu ergreifen, um den Ausbau der Erneuerbaren erheblich zu steigern. Zumindest, wenn wir die Klimakatastrophe soweit handhabbar bekommen wollen, dass noch Eisschichten an den Polen und möglichst viele Tierarten übrig bleiben.

Prof. Dr.-Ing. Quaschning schreibt in der Sektorkopplungsstudie vom Ziel 415 GW für 2040 im Bereich Solarenergie:

"Bei der Photovoltaik wird unterstellt, dass gut 200 GW im Gebäudebereich installiert werden können. Wenn noch einmal die gleiche Menge im Freiflächenbereich installiert wird, wodurch inklusive Abstandsflächen rund 1 % der Landesfläche benötigt würden, ergibt sich bei einem Nettozubau von 15 GW pro Jahr eine installierbare Photovoltaikleistung von 415 GW bis zum Jahr 2040."

Und für Windenergienutzung an Land werden 200 GW als Ziel definiert:

„Bei der Onshore-Windkraft wird dabei unterstellt, dass aus Akzeptanzgründen maximal 2 % der Landesfläche Deutschlands für die Errichtung von Windkraftanlagen genutzt werden kann. Hierbei werden die Erkenntnisse der BWE-Potenzialstudie zugrunde gelegt.

Die an Land installierbare Windkraftleistung beträgt dann rund 200 GW. Bis zum Jahr 2040 kann diese Leistung mit einem Nettozubau von rund 6,3 GW pro Jahr erreicht werden.“

Link: https://www.volker-quaschning.de/publis/studien/sektorkopplung/Sektorkopplungsstudie.pdf S. 31

weitere Antragsteller*innen

Stephan Wiese (Stormarn KV); Walter Schüschke (Hamburg-Altona KV); Tobias Balke (Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf KV); Ingrid Lambertus (Mainz KV); Andreas Diebold (Heidelberg KV); Dieter Flohr (Fürth-Land KV); Sigrid Pomaska-Brand (Hagen KV); Manuela Braun (Rastatt/Baden-Baden KV); Roman Kittel (Nürnberg-Stadt KV); Fritz Lothar Winkelhoch (Oberberg KV); Cornelia Gehlen (Berlin-Neukölln KV); Harald Klussmeier (Bremen-Mitte KV); Werner Weindorf (München KV); Bettina Soltau (Märkisch-Oderland KV); Luca Brunsch (Kiel KV); Gilbert Sieckmann-Joucken (Segeberg KV); Tim Detlefsen (Schleswig-Flensburg KV); Claudia Reinke (Herzogtum Lauenburg KV); Rudi Seibt (Bad Tölz-Wolfratshausen KV)